

Volks-Zeitung

Der Vatikan für unsere Gefangenen.

Die bisherigen Bemühungen. — Eine Unterredung mit Kardinal Gaspari.

Rom, 11. Dezember. (Privat.)

Ich hatte eine Audienz bei dem Kardinalsekretär Gaspari, den ich darüber unterrichtete, wie dankbar die öffentliche Meinung Deutschlands alle Schritte des Heiligen Stuhles zugunsten der Kriegsgefangenen anerkenne.

Bitterung des Völkerrasses beizutragen. Auf meine Bemerkung, daß ich in Italien vom Völkerrasse nichts zu bemerken vermöge, stimmte der Heilige und gütige Staatsmann lebhaft bei.

Paris, 10. Dezember. (A. T. B.)

R. Vaillant-Couturier wendet sich im „Populaire“ an die deutschen Kriegsgefangenen und sagt, daß, was Frankreich ihnen jetzt antue, sei eine Lobrede neuer Art, die noch mehr als jede andere dem Völkerrasse widerstrebe.

Der Fall Hugenberg.

Ungeschichte Beschuldigungsversuche.

Die rechtsgerichtete Presse versucht mit vielem Geschick und mit einer Kaltblütigkeit, die überglänzend heißt, den für die Deutschnationale Volkspartei verhängnisvollen Einbruch zu verwischen, den die Ausführungen des Abgeordneten Hugenberg in der Nationalversammlung am Dienstag hervorgerufen haben.

Pfarrer Rump bittet ab.

Eine rechtsdilettantische Rede gegen die Republik.

Pfarrer Rump, der sich wegen seines entschiedenen Auftretens für Wlansch in dem eben beendeten Prozeß verschiedene Sympathien seiner reaktionären Freunde verschafft hatte, hielt gestern abend im Meißnerkloster vor dem „Preußenbunde“ eine Rede, die die verärgerten Gefinnungsgenossen wahrheitsförmig wieder beruhigen soll.

Wir haben es herrlich weit gebracht seit dem 9. November 1918, seit jener glorreichen Revolution, die uns ein Geschlecht von Kneipen gebracht hat. Die Autorität ist gesunken, jene wunderbare Hierarchie, die heute noch gern vor dem prächtigen alten königlichen Berliner Schloßmann trauet, weil er für Schutz und Ordnung sorgte.

Wir haben es herrlich weit gebracht seit dem 9. November 1918, seit jener glorreichen Revolution, die uns ein Geschlecht von Kneipen gebracht hat. Die Autorität ist gesunken, jene wunderbare Hierarchie, die heute noch gern vor dem prächtigen alten königlichen Berliner Schloßmann trauet, weil er für Schutz und Ordnung sorgte.

Wir sichern diese Worte nicht deswegen, weil sie vor dem sogenannten „Preußenbunde“ gesprochen worden sind, denn der ist nicht so bedeutend, daß die Republik an seinem Wirken zugrundegehen könnte.

Amsterdam, 11. Dezember.

Sant „Telegraaf“ erklärte der von einem Besuch nach Köln, Frankfurt, Stuttgart und München zurückgekehrte Oberst Sander im englischen Unterraum, er habe in Deutschland eine starke Strömung zugunsten einer Gegenrevolution wahrgenommen.

Die „starke Strömung zugunsten einer Gegenrevolution“ laßt dem englischen Oberst nur aus dem Treiben der „Wochenblätter“ erkennbar geworden sein.

Das Souveränitätsgesetz. „Telegraaf“ meldet aus London, daß nicht wenige der Gegenwärtigen betreffend Souveränität eingedrungen sind.

Aus dem Lande des Völkerrasses. Die „Times“ melden aus New-York, daß die amerikanische Flottenleitung in einem Memorandum berichtet, daß es, wenn nichts Endgültiges

Das Liebknecht-Prozeß-Urteil bekräftigt!

Vollziehung durch Noke.

Zu der von uns übernommenen Anfrage der „Freiheit“ über die Bestätigung des Urteils im Liebknecht-Hugenberg-Prozeß schreiben jetzt die „N. N.“:

Wie wir an zuständiger Stelle erfahren, trifft es zu, daß das Urteil im Liebknecht-Hugenberg-Prozeß bereits vor einiger Zeit bekräftigt worden ist. Da es sich um ein Urteil eines Reichs-Oberlandesgerichts handelt, was der Oberkommandierende zuständig ist, ist die Bestätigung durch militärische Durchführungs- und zivile Sachverständige vorzunehmen.

Die Öffentlichkeit wird die einstimmige Überzeugung der Sachverständigen nicht kennen. Herr Gellmann von der „Sag. Anst.“, der anlässlich des Liebknecht-Prozesses eine Resonanz des Verfassens für erforderlich hielt, wird sich jetzt zu der in aller Stille von seinem Freunde Noke vollzogenen Urteilsbestätigung äußern müssen.

Für die dritte Internationale.

Der skandinavische Sozialistenkongreß.

Stockholm, 10. Dezember. (Gabaß.)

Der Kongreß der skandinavischen Sozialisten, der ungefähr 350 Delegierte Schwedens, Norwegens und Dänemarks umfaßt, ist am Montag in Stockholm eröffnet worden.

Rumänien hat unterzeichnet.

Paris, 10. Dezember. (A. T. B.)

Heute nachmittag hat General Coanda, der Präsident der rumänischen Friedensdelegation, dem österreichischen und bulgarischen Friedensvertrag unterzeichnet.

Der bayerische König verlangt die Revolution. Der frühere bayerische König hat, wie der „Bayerische Courier“ erzählt, schriftlich nachdrücklich Protest dagegen eingelegt, daß über sein Privatvermögen, Wägen, Waffen, Marcell und Privatgüter verfügt und die Befehle öffentlich verweigert werden sollen.

Der Streit um Bismarcks Erinnerungen. Aus Stuttgart wird gemeldet: Für die Herausgabe des dritten Bandes Bismarcks „Erinnerungen“ sind zwischen den Vertretern des Reiches und dem Verlag Gotta Verlagsvereinbarung eingeleitet worden, die auf eine gütliche Lösung schließen lassen.

Politische Nachrichten.

Wie die „N. N.“ an zuständiger Stelle erfahren, wird der Reichsarchivminister Müller keine für die heutige Sitzung der Nationalversammlung angelegte Rede nicht halten.

Übernahmestunde Krause stellt mit, daß er gegen den verantwortlichen Redakteur der „Freiheit“ wegen Verleumdung des Reichs-Statistikamts Dr. Wisemann und des Staatsrats Dr. Junzendorf, enthalten in einem Artikel der Abendausgabe vom 5. Dezember d. J., Anklage erhoben hat.

An Stelle des zum Chef des Landesfinanzamtes Interdele ernannten Senators Dr. Schaefer ist Oberlandesgerichtsrat Dr. Koelcke (Deutsche demokratische Partei) zum Senator ernannt worden.

Was Hamburg was gemeldet: Vom 1. Januar 1920 ab wird der Leiter der durch den Arbeiter- und Soldatenrat abgeordnete Religionsunterstützung in den Schulen Hamburgs wohl für Lehrer und Schüler wieder eingeführt.

Zweiteilung der Löhne.

Eingabe des Metallarbeiterverbandes.

In einer Eingabe des Berliner Metallarbeiterverbandes an den Arbeitsminister werden Tarifvertragsentwürfe verlangt, die eine Zweiteilung des Lohnes vorsehen.

Beseitigung der Militärdienstpflicht. Die Politischen Informationen schreiben: Nach Erklärungen des Reichswehrministers sollte die Aufhebung der Militärdienstpflicht spätestens am 1. Januar 1920 erfolgen, wodurch die Übernahme des Militärdienstes auf die Zivilverwaltung am gleichen Termin fast vollständig würde.

Die Geschichtsbücher in der Schule. In einem Erlaß des Kultusministers vom 6. D. M. an die preussischen Provinzialschulinspektoren und Regierungen heißt es: „Da die bisher gebrauchten Lehrbücher für Geschichte den jetzt zu stellenden Anforderungen nicht entsprechen, so ist eine durchgreifende Inanspruchnahme dieser Bücher erforderlich, die erst nach der Revidierung derselben erfolgen kann.“